

Newsletter 01/2017

24. März 2017



DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Azize Tank, MdB

Sprecherin für soziale
Menschenrechte

www.azize-tank.de

Bundestag
Tempelhof-Schöneberg
Informationen und Lesenswertes
Veranstaltungen und Termine
Angebote & Kontakt

Liebe Leserin, lieber Leser

in diesem Jahr finden wieder Bundestagswahlen statt und DIE LINKE. hat bereits einen Programmentwurf vorgelegt, von dem Sie sich [hier](#) selbst einen Eindruck machen können. Nur mit einer starken LINKEN kann es einen wirklichen Politikwechsel hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit geben!

- Die Agenda 2010 und das Hartz IV-System haben Millionen Menschen in den Niedriglohn gestoßen und zur Armut und Bevormundung verurteilt. Hartz IV und der Niedriglohnbereich müssen daher abgeschafft, und eine sanktionsfreie Mindestsicherung von 1.050 Euro eingeführt werden.

- Die Löhne von Männern und Frauen müssen gleichermaßen für ein gutes Leben und für eine gute Rente reichen. Um die Lohndiskriminierung von Frauen zu überwinden, braucht es einen grundlegenden Kurswechsel in der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Wirtschaftspolitik. Ein verbindliches Entgeltgleichheitsgesetz und Lohnmessungsinstrumente sind wichtige Schritte in die richtige Richtung.
- Der Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst muss deutlich erhöht werden.

Als Sprecherin für Soziale Menschenrechte meiner Fraktion bin ich natürlich erfreut über die Tatsache, dass auch die Sozialen Menschenrechte ihren Platz im Entwurf des Wahlprogramms gefunden haben. Dort heißt es:

„Alle Menschenrechte – einschließlich der sozialen, kulturellen und ökologischen – müssen uneingeschränkt und weltweit für alle Menschen gelten.“

Die Bundesregierung muss das Zusatzprotokoll zum Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte unterzeichnen, das Einzelpersonen bei Verletzung dieser Menschenrechte den Beschwerdeweg bei den Vereinten Nationen ermöglicht.“

Genau dafür mache ich mich seit über drei Jahren im Bundestag stark.

DIE LINKE. ist darüber hinaus die einzige Partei, die Kriegseinsätze der Bundeswehr strikt ablehnt und Waffenexporte sofort stoppen will. Donald Trump und die NATO, ein überholtes, militaristisches Bündnis, hingegen fordern eine deutliche Steigerung des deutschen Kriegsetats. Wir sagen: Wir brauchen weniger Soldaten und mehr Diplomaten. Die Spirale der Aufrüstung und Gewalt muss schleunigst durchbrochen werden, wenn wir eine friedlichere und sichere Welt wollen.

Wie Sie sehen, gehen wir mit guten Argumenten in den kommenden Wahlkampf. Wenn Sie in den kommenden Monaten einen unserer vielen Infostände sehen, kommen Sie doch auf ein Gespräch vorbei. Ich freue mich auf Sie!

Herzliche Grüße

Azize Tank

Aus dem Bundestag

Unser Gesetzesentwurf zur Aufnahme Sozialer Menschenrechte ins Grundgesetz



Die Verwirklichung sozialer Menschenrechte ist eine unabdingbare Voraussetzung für ein würdevolles Leben in einer sozial gerechten Gesellschaft.

Soziale Menschenrechte sind nicht etwa Almosen an Bedürftige, sondern völkerrechtlich verbrieft

Menschenrechte, die jedem Menschen zustehen. Dazu gehören unter anderem das Recht auf Arbeit, gerechte und günstige

Arbeitsbedingungen, angemessene Entlohnung, soziale Sicherheit, das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard, ein Höchstmaß an geistiger und körperlicher Gesundheit, das Recht auf Bildung sowie Teilhabe am kulturellen Leben.

Soziale, wirtschaftliche und kulturelle Menschenrechte, oder kurz soziale Menschenrechte, sind im UN-Sozialpakt, der Europäischen Sozialcharta, der EU-Grundrechtecharta sowie zahlreichen weiteren völkerrechtlich verbindlichen Abkommen geregelt. Menschenrechte gelten universell; sie sind gleichwertig und unteilbar. Dennoch sind die sozialen Menschenrechte immer noch nicht gleichberechtigt – wie die bürgerlichen und politischen Rechte – im Grundgesetz verankert. Damit können sie auch nicht mit einer Verfassungsbeschwerde eingeklagt werden. Dies will die Fraktion

Die Linke ändern. Der vorliegende Gesetzesentwurf zur Aufnahme sozialer Grundrechte ins Grundgesetz soll eine Lücke schließen, die seit dessen Verkündung im Grundgesetz klafft. Diese Lücke rührt vor allem aus den historischen Umständen, in denen das Grundgesetz nach

den verheerenden Erfahrungen der Nazizeit entstanden ist. Damals standen die Rückkehr zum Rechtsstaat und die Gewährleistung elementarer politischer Grundrechte im Vordergrund.

Heute steht aber die soziale Frage im Mittelpunkt gesellschaftlicher Auseinandersetzungen. Soziale Ungleichheit führt zu Spaltungen in der Bundesrepublik und gefährdet den gesellschaftlichen Frieden.

Schon mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wurde international anerkannt, dass soziale Menschenrechte gleichrangig mit bürgerlichen und politischen Menschenrechten sind. Sie müssen also auch zusammen gedacht und gleichberechtigt verwirklicht werden. Denn die beiden Dimensionen der Menschenrechte, also die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen und

die bürgerlichen und politischen Rechte, sind nicht gegensätzlich, sondern bedingen einander. So gibt es zum Beispiel kein soziales Recht auf Gesundheit ohne das politische Recht auf körperliche Unversehrtheit. Die Verwirklichung sozialer Menschenrechte ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Sie betrifft jeden Menschen. Wir brauchen schließlich nicht selbst krank zu sein, um ein Grundrecht auf Zugang zu Gesundheit zu verteidigen. So wie wir auch nicht erst in einer Diktatur leben müssen, um die Bedeutung des allgemeinen Wahlrechts zu erkennen.

Die sozialen Grundrechte dienen der gleichberechtigten gesellschaftlichen Teilhabe in allen Lebenslagen und der Freiheit des Menschen vor und von gesellschaftlichen Zwängen. Sie sind somit tragende Säulen eines modernen Sozialstaates.

Das Grundgesetz definiert die Bundesrepublik Deutschland als sozialen Rechtsstaat. Der vorliegende Gesetzesentwurf zielt auf die Konkretisierung der Verpflichtung zur Sozialstaatlichkeit ab. Dies ist angesichts der sozialen Verwerfungen und Gefahren für den demokratischen Zusammenhalt unserer Gesellschaft heute dringend geboten und wichtiger denn je.

Die Verankerung sozialer Grundrechte im Grundgesetz ist nicht zuletzt auch eine Konsequenz bereits bestehender Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. In diesem Zusammenhang ist insbesondere die sogenannte „Hartz-IV“-Entscheidung von 2010 zu nennen, in der das

Bundesverfassungsgericht ausdrücklich das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum für alle in Deutschland lebenden Menschen feststellt. Strukturelle Schwächen des Sozialstaatsprinzips können jedoch nicht allein von den Gerichten korrigiert werden.

Vielmehr müssen soziale Grundrechte sichtbar ins Grundgesetz als individuelle Grundrechte aufgenommen werden.

Soziale Menschenrechte werden in der Bundesrepublik vielfach missachtet. Der UN-Sozialausschuss, der für die Überwachung des UN-Sozialpakt verantwortlich ist, kritisiert die Bundesrepublik seit Jahren, insbesondere im Hinblick auf Diskriminierungen beim Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt. Die Bundesregierung verweigert bis heute die Unterzeichnung des Fakultativprotokolls zum UN-Sozialpakt und die Ratifizierung der revidierten Europäischen Sozialcharta. Dadurch sind Individualbeschwerdeverfahren bei Vertragsverletzungen ausgeschlossen.

Löhne und Sozialleistungen reichen zudem häufig nicht aus, um ein würdevolles Leben zu ermöglichen. Selbst in einem der reichsten Länder der Welt ist nahezu jedes fünfte Kind von Armut bedroht oder arm. Armutsbekämpfung und der Schutz sozialer Menschenrechte sind eng miteinander verknüpft. Denn eine konsequente Armutsbekämpfung hebt nicht nur auf die Beseitigung wirtschaftlicher Mängelzustände ab, sondern bezieht die Menschen als handelnde Akteure und individuelle Rechtsträger ein.

Im Rahmen eines Fachgesprächs der Linken im März 2016 und einer internationalen Fachkonferenz im Oktober 2016 haben wir zusammen mit Wissenschaftlerinnen und Wirtschaftlern, sozialen Verbänden und der Zivilgesellschaft die Notwendigkeit der Verankerung sozialer Menschenrechte im Grundgesetz sowie die konkrete Ausgestaltung unseres Gesetzesentwurfs konsultiert und erörtert. Viele wichtige Ergänzungswünsche haben wir in diesen Gesetzesentwurf aufgenommen. Dafür

möchte ich ausdrücklich allen beteiligten Expertinnen und Experten und gesellschaftspolitischen Aktivistinnen und Aktivisten danken.

Wenn wir unser Grundgesetz zukunftssicher gestalten wollen, müssen wir endlich auch soziale Grundrechte – wie bereits die bürgerlichen und politischen Rechte – darin aufnehmen.

Azize Tank unterstützt Zusammenführung einer syrischen Familie



Es freut mich sehr, dazu beigetragen zu haben, dass die Familie Fadl nach einer modernen Odyssee endlich wieder beisammen ist: Gemeinsam mit dem ein paar Monate alten Baby war ihnen die Flucht nach Griechenland gelungen. Der Vater hat es von dort geschafft, nach Deutschland zu kommen und wurde hier anerkannt. Die Mutter musste er aber mit der kleinen Tochter unter prekären humanitären Bedingungen in Griechenland zurück lassen“, so Azize Tank, MdB, Sprecherin für soziale Menschenrechte der Bundestagsfraktion DIE LINKE. und Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales. „Dass die Familie Fadl nun wieder vereint ist, ist ein großer Erfolg. Doch mir allein wäre diese Familienzusammenführung nicht gelungen. Ich möchte mich daher ganz herzlich bei den Hilfsorganisationen vor Ort für ihren unermüdlichen Einsatz und bei den Botschaften in Athen und Beirut für die gelungene Kooperation bedanken.

Doch dieser Erfolg ist leider nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Denn es ist zugleich auch schmerzhaft für mich zu sehen, wie viele Menschen noch in Griechenland in den behelfsmäßig ausgestatteten Flüchtlingscamps fest sitzen. Die Geflüchteten leben dort teilweise zusammengepfercht in Zelten mit mangelnden sanitären Einrichtungen und müssen bei Minusgraden frieren. In den letzten drei Wochen kam es auf Grund der Kälte zu mehreren Todesfällen. Insbesondere die sogenannten Hot Spots auf Samos, Lesbos und Chios, welche ursprünglich lediglich der Erstidentifikation dienen sollten, erfüllen nicht ansatzweise die Mindeststandards einer angemessenen Unterbringung. Es drohen zudem Gewaltübergriffe von organisierten Neonazis, wie den Mitgliedern der „Goldenen Morgenröte“. Gleichzeitig fehlt der Zugang zu Informationen über die immer größeren Hürden bis zum Erhalt eines wirksamen Schutzes – das Zulässigkeitsverfahren im Rahmen des EU-Türkei Deals und das Asylverfahren im Allgemeinen. Das sind menschenunwürdige Zustände. Nicht umsonst hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte bereits 2011 Abschiebungen nach Griechenland im Rahmen des Dublin-Systems mit der Begründung untersagt, dass die dortigen Aufnahmebedingungen erniedrigend seien.“

Die Familienzusammenführung nicht weiter einschränken!

Für diese gravierenden humanitären Bedingungen ist Griechenland jedoch nicht hauptverantwortlich. Auch die Bundesregierung trägt eine Mitverantwortung. Mit dem Asylpaket II, das am 17.3.2016 in Kraft getreten ist, wurde die Möglichkeit der Familienzusammenführung noch weiter eingeschränkt. Für subsidiär Schutzberechtigte also diejenigen, die nicht vor politischer Verfolgung sondern z.B. vor Krieg fliehen, wurde der Familiennachzug für zwei Jahre ausgesetzt. Ausnahmen soll es nur in Härtefällen geben. Hinzukommen die formalen Hindernisse bei der Antragstellung, die an einen Familiennachzug geknüpft sind. So müssen beispielsweise Dokumente in einem mühsamen Verfahren „legalisiert“ werden, was den Nachzug zur Familie erheblich verzögert“, führt Azize Tank aus. „Der Fall Fadl beweist einmal mehr, wie wichtig es ist, die rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sowohl in Griechenland als auch in Deutschland und den anderen Mitgliedstaaten der EU grundsätzlich zu ändern.

Aus dem Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg

Gemeinsamer Neujahrsempfang im Rathaus Schöneberg



Am 20. Januar fand der diesjährige LINKE Neujahrsempfang von Azize Tank, MdB, Harald Gindra, MdB, der Linksfraktion in der BVV-Tempelhof-Schöneberg und DIE LINKE. Tempelhof-Schöneberg statt. Unter dem Motto „Wie es sich bei uns lebt - und was wir ändern müssen“ bekamen die rund zweihundert Gäste ein vielfältiges Programm geboten.

Nach Grußworten der Gastgeber_innen und der Landesvorsitzenden der Berliner LINKEN. Katina Schubert verzückte das Theater

Morgenstern die Gäste mit einer politisch gewürzten Theatervorstellung.

Die Bundestagsabgeordnete und Sprecherin für Soziale Menschenrechte ihrer Fraktion hat in ihrer Rede ein positives Fazit für ihre letztjährige Arbeit in Bundestag und Wahlkreis gezogen. Mit vielfältigen Veranstaltungen und Beratungsangeboten konnte sie viele Bürgerinnen und Bürger in ihrem Wahlkreis ansprechen. Vor dem Hintergrund der großen sozialen Spaltung in Deutschland und in der Welt betonte sie die Wichtigkeit Sozialer Menschenrechte und kündigte ihr bislang größtes Projekt an: Ein Gesetzesentwurf zur Aufnahme Sozialer Menschenrechte ins Grundgesetz, der nach jahrelanger Vorbereitung in diesem Frühjahr im Bundestag zur Abstimmung gebracht werden wird.

Im Anschluss daran konnten sich die Gäste an einem reichhaltigen Buffet erfreuen und das Iranisch-Israelische Musikensemble begeisterte das Publikum gleich mit mehreren Auftritten und sorgte für Bewegung auf der Tanzfläche.

Bei einem Glas Wein und mit anregenden Gespräche unter Freunden und Bündnispartnern fand der Abend dann langsam seinen Ausklang. Azize Tank zeigte sich rundum zufrieden: „Ich freue mich, dass in diesem Jahr mehr Gäste gekommen sind als je zuvor. Ich danke allen Beteiligten und freue mich über den guten Start in dieses so wichtige Wahljahr.“

Azize Tank und der Frauensalon feiern den Internationalen Frauentag



Wie in jedem Jahr wurde auch 2017 der Internationale Frauentag mit einer Veranstaltung im Wahlkreisbüro von Azize Tank gebührend gefeiert. Der Abend mit buntem Programm fand im Rahmen des Berliner Frauenmärzes statt.

In ihrer Begrüßung ging Azize Tank insbesondere auf die Themen Altersarmut, ungleiche Löhne und prekäre Beschäftigungsbedingungen ein. Auch in vielen anderen Bereichen sind Frauen nach wie vor deutlich schlechter gestellt. Vor allem der Anteil von Frauen in Führungspositionen sei stark unterrepräsentiert. Bisherige Erfolge müssten

ausgebaut und die Arbeit der großen feministischen Pionierinnen wie Clara Zetkin und Rosa Luxemburg weitergeführt werden. Gleichberechtigung sei noch immer keine Selbstverständlichkeit in der Gesellschaft, sondern ein Zustand, den wir uns täglich neu erkämpfen müssten.

Im Anschluss hielt die Landesvorsitzende der Berliner Linken, Katina Schubert, ein Grußwort. Sie betonte die Wichtigkeit des Feminismus für eine zeitgemäße Interpretation von Karl Marx. Zudem hob sie hervor, dass es vor allem ein Verdienst der Linken sei, dass die bisweilen eher ostdeutsche Tradition des Frauentags auch Eingang in die Kultur der ehemals westlichen Bundesländer findet.

Die Vorsitzende der BVV-Fraktion Tempelhof-Schöneberg, Elisabeth Wissel, stellte in ihrem Grußwort heraus, dass im Kampf um Gleichberechtigung schon viel erreicht wurde, aber trotzdem noch ein langer Weg vor uns liege. Es folgte die Vorstellung des Frauensalons durch Astrid Roeken. Der Frauensalon trifft sich im Wahlkreisbüro und bietet eine Plattform für politische Diskussionen zu frauenspezifischen Themen und die Planung von gemeinsamen Veranstaltungen und Aktivitäten. Mitglieder des Frauensalons gaben im Anschluss auch einen Überblick über die Meilensteine der Frauenbewegung in Europa und international.

Im zweiten Teil des Programms fand eine Gesprächsrunde von Frauen aus drei Generationen der Begegnungsstätte für Jung und Alt Stille Straße e.V. statt, die jede ihre persönlichen Erfahrungen als Frau und in der Frauenbewegung darstellten. Aufgelockert wurde der Abend immer wieder durch die schöne Musik von Planet Kate und der Moderation von Anja Jochum.

Nach der Eröffnung eines kleinen Buffets gab es noch einen kulturellen Programmpunkt für die über 40 Frauen, die an der Veranstaltung teilgenommen haben: Furat Abdulle führte eine Poetry-Slam-Einlage zum Thema Rassismus auf, die mit großem Applaus belohnt wurde.

Noch bis tief in die Nacht wurden anregende Gespräche geführt und sich über die Erlebnisse dieses Abends ausgetauscht.

Zu Besuch bei der Wohnungslosentagesstätte Schöneberg



Im Rahmen regelmäßigen Besuchen bei Sozialen Einrichtungen in ihrem Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg war Azize Tank, MdB am 9. Dezember zu Gast bei Weihnachtsfeier der Wohnungslosentagesstätte Schöneberg und zeigte sich beeindruckt von dem großen Engagement der Mitarbeiter_innen und Ehrenamtlichen, ohne die diese Arbeit nicht möglich wäre.

In der Wohnungslosentagesstätte können obdachlose Menschen umsonst Duschen, werden an Übernachtungseinrichtungen weitervermittelt, von

Sozialarbeitern betreut und bei dem Weg zurück in ein festes soziales Umfeld unterstützt. Zum Programm gehören sogar gemeinsame Ausflüge und Kulturangebote.

Mit ihrem vielseitigen Angebot leistet die Einrichtung einen wichtigen Beitrag für die Unterstützung obdachloser Menschen im Bezirk. Leider gibt es von Jahr zu Jahr mehr Menschen, die diese Hilfe in Anspruch nehmen müssen und das in der Hauptstadt eines der reichsten Länder der Welt. Für die Bundestagsabgeordnete bieten diese Termine vor Ort immer wieder neue Motivation dafür, sich unablässig für Soziale Menschenrechte einzusetzen, die jedem ein Leben in Würde ermöglichen.

Besuchergruppe von Azize Tank im Bundestag



Im Rahmen einer politischen Informationsfahrt kam am Donnerstag, den 19. Januar wieder eine Besucher_innengruppe zu Azize Tank, MdB in den Bundestag. Neben Bürgerinnen und Bürgern aus Tempelhof-Schöneberg waren auch Vereine wie beispielsweise das Integrationswerk RESPEKT e.V. oder der Verein Über den Tellerrand e.V. dabei. Neben kurzen Einblicken in die Arbeit als Bundestagsabgeordnete wurde auch über die Bedeutung Sozialer Menschenrechte und die wichtige

Integrationsarbeit der lokalen Initiativen und Vereine gesprochen. Im Anschluss an das Gespräch hatten die Teilnehmer_innen noch die Gelegenheit, die Reichstags-Kuppel zu besichtigen. Danach wurde dann das Dokumentationszentrum „Topographie des Terrors“ besucht. Vor dem Bundestagsbesuch ging es zuerst in das Abgeordnetenhaus von Berlin, wo sich die Gäste mit dem Abgeordneten Harald Gindra, MdA, von der Linken aus Tempelhof-Schöneberg, zu einem Gespräch getroffen haben. Zum gemütlichen Ausgang gab es abschließend ein gemeinsames Abendessen, bei dem die gesammelten Eindrücke des Tages ausgetauscht wurden.

Informationen

Wichtige Informationen und lesenswerte Texte

Azize Tank, MdB: Interview mit dem Teltower Stadtblatt zur Wahl des Bundespräsidenten [mehr](#)

Linksfraktion der Bezirksverordnetenversammlung Tempelhof-Schöneberg: Die Bezirksverordneten der LINKEN BVV-Fraktion in Tempelhof-Schöneberg stellen sich vor [mehr](#)

Rosa-Luxemburg-Stiftung: Pass auf, der will Deinen Keks - Mythen und Fakten zur neuen sozialen Unsicherheit [mehr](#)

Eberhard-Schultz-Stiftung für Soziale Menschenrechte und Partizipation: Gemeinsame Pressemitteilung zum 50jährigen Jubiläum des UN-Sozialpakts [mehr](#)

Linksfraktion im Bundestag: Klar, Ausgabe 40: Aktionsplan gegen Kinderarmut [mehr](#)

Linksfraktion im Bundestag: Clara, Ausgabe 42: Gute Renten [mehr](#)

Linksfraktion im Bundestag: Themenpapier Gleichstellung von Frauen und Männern [mehr](#)

Linksfraktion im Bundestag: Themenpapier Frauen und Friedenssicherung [mehr](#)

Paritätischer Wohlfahrtsverband: Bündnispressemittelung zum Welttag der Sozialen Gerechtigkeit [mehr](#)

Wichtige Abstimmungen im Bundestag in den letzten Monaten

12. Dezember 2016: Beschlussempfehlung des Auswärtigen Amtes (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung. Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte am NATO-geführten Einsatz Resolute Support für die Ausbildung, Beratung und Unterstützung der afghanischen nationalen Verteidigungs- und Sicherheitskräfte in Afghanistan.

Der Antrag wird mit den Stimmen der großen Koalition verabschiedet. Er enthält u.a. die zivil-militärische Zusammenarbeit und die Übernahme der Verantwortung für den Betrieb der Speiche Nord in Masar-e Sharif.

12. Dezember 2016: Beschlussempfehlung des Auswärtigen Amtes (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung. Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid Operation in Dafur.

Der Antrag wird mit den Stimmen der großen Koalition und von B90/Grünen verabschiedet. Er enthält u.a. die Wahrnehmung von Unterstützungs- und Führungsaufgaben bei der Bekämpfung von Konflikten zwischen den Bevölkerungsgruppen.

19. Januar 2017: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Arbeit und Soziales (11. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. Keine Kumpel zweiter Klasse - Rentenansprüche der Bergleute aus der DDR-Braunkohleveredlung wahren

Der Antrag der Linksfraktion für die abschlagsfreie Rente mit 60 für Bergleute der Betriebe der DDR wird abgelehnt.

19. Januar 2017: Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. Dragoner-Areal dem Land Berlin zum Kauf anbieten

Der Antrag der Linksfraktion für die Rückabwicklung des Kaufvertrages des Immobilieninvestors Dragonerhöfe GmbH über das Dragoner-Areal in Berlin Kreuzberg sowie des Grundstückangebotes an das Land Berlin wird abgelehnt.

26. Januar 2017: Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung. Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte zur Ausbildungsunterstützung der Sicherheitskräfte der Regierung der Region Kurdistan-Irak und der Irakischen Streitkräfte

Der Antrag wird mit den Stimmen der großen Koalition verabschiedet. Er enthält u.a. die Wahrnehmung von Beratungs- und Unterstützungsaufgaben gegenüber der irakischen Regierung und der internationalen Allianz gegen den IS.

26. Januar 2017: Beschlussempfehlung des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung. Fortsetzung und Erweiterung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der multidimensionalen integrierten Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in Mali

Der Antrag wird mit den Stimmen der großen Koalition verabschiedet. Er enthält u.a. die zivil-militärische Zusammenarbeit und das Bekämpfen asymmetrischer Angriffe in Mali.

9. März 2017: Beschlussempfehlung des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. Mietpreisbremse wirkungsvoll ausgestalten

Der Antrag wird mit den Stimmen der großen Koalition abgelehnt. Die erwiesenermaßen wirkungslose sogenannte Mietpreisbremse bleibt damit unverändert.

Veranstaltungen und Termine

29. März 2017, 14:00 – 16:00 Uhr: Bürgersprechstunde

Anmeldung unter 030-98254 777 | azize.tank.wk@bundestag.de

31. März 2017, 14:00 - 18:00 Uhr, Deutscher Bundestag: Konferenz: Sozialer Wohnungsbau in Deutschland – Bilanz und Ausblick [mehr](#)

20. März 2017: Bundespresseamtsfahrt

Anmeldung unter 030-98254 777 | azize.tank.wk@bundestag.de

26. April 2017, 16:00 – 18:00 Uhr: Bürgersprechstunde

Anmeldung unter 030-98354 777 | azize.tank.wk@bundestag.de

1. Mai 2017: Tag der Arbeit

23. Mai 2017: Bundespresseamtsfahrt

Anmeldung unter 030-98354 777 | azize.tank.wk@bundestag.de

Angebote

Bürgersprechstunde mit Azize Tank

In meiner Bürgersprechstunde gebe ich Ihnen regelmäßig die Gelegenheit, mich persönlich in meinem Wahlkreisbüro in der Grunewaldstraße 73 anzutreffen.

Dort nehme ich mir Zeit für Sie und habe ein offenes Ohr für Ihre Fragen und Anregungen.

Die nächsten Termine:

29.03. von 14:00 bis 16:00 Uhr

Anmeldung erforderlich unter: 030-98354777

azize.tank.wk@bundestag.de

Rechtsberatung

In meinem Wahlkreisbüro sowie in der Roten Insel finden regelmäßig kostenfreie juristische Erstberatungen statt. Dort stehen Ihnen erfahrene Rechtsanwälte kompetent zur Verfügung.

Wahlkreisbüro – RA Eberhard Schultz

Grunewaldstr. 73, 10825 Berlin

Die nächsten Termine:

15.03. von 14 bis 16 Uhr

Anmeldung erforderlich unter: 030-98354777

azize.tank.wk@bundestag.de

Rote Insel – RA Claus Förster

Feurigstraße 68, 10827 Berlin

Jeden 2. Dienstag im Monat von 11 bis 13 Uhr

Anmeldung erforderlich unter: 030-21997140

Politische Informationsfahrten

Jedes Jahr lade ich verschiedene Gruppen mit bis zu 50 Teilnehmer_innen zu mir in den Bundestag ein und biete politisch interessierten Bürger_innen an 18 Jahren in Zusammenarbeit mit dem Bundespresseamt einen kostenlosen Tagesausflug durch Berlin an. Neben einem persönlichen Gespräch mit mir und einem Mittag- und Abendessen gibt es immer wieder neue spannende Programmpunkte in Berlin und Potsdam zu erkunden. Falls Sie sich für eine solche Bundespresseamtsfahrt oder einen Besuch im Deutschen Bundestag interessieren sollten, können Sie sich gerne bei meinen Mitarbeiter*innen im Wahlkreisbüro nach den nächsten Terminen und dem jeweiligen Programm erkundigen.

Die nächsten Termine für die BPA-Fahrten: Do. 20. April 2017 | Di. 23. Mai 2017

Kontakt

Um den Newsletter abzubestellen oder bei Fragen an die Redaktion, schreiben Sie bitte an

azize.tank.wk@bundestag.de

V.i.S.d.P: Azize Tank, MdB, Wahlkreisbüro, Grunewaldstr. 73, 10823 Berlin, Telefon:

(030) 98 354 777, E-Mail: **azize.tank.wk@bundestag.de**

Disclaimer / Hinweis zur Problematik von externen Links

Azize Tank ist als Inhaltsanbieterin nach § 5 Abs.1 Mediendienste-Staatsvertrag für die „eigenen Inhalte“, die sie zur Nutzung bereithält, nach den allgemeinen Gesetzen verantwortlich. Von diesen eigenen Inhalten sind Querverweise („Links“) auf die von anderen Anbietern bereitgehaltenen Inhalte zu unterscheiden. Durch den Querverweis hält Azize Tank insofern „fremde Inhalte“ zur Nutzung bereit, die gekennzeichnet sind. Für diese fremden Inhalte ist sie nur dann verantwortlich, wenn sie von ihnen (d.h. auch von einem rechtswidrigen bzw. strafbaren Inhalt) positive Kenntnis hat und es ihr technisch möglich und zumutbar ist, deren Nutzung zu verhindern (§ 5 Abs.2 Mediendienste-Staatsvertrag).